



Nr. 6/2009

SPD-Ratsfraktion

18.02.09

## **SPD will keine Umverteilung zu Lasten der normalen Stromkunden**

### **Soziale Notlagen kann man nicht über Strompreispolitik beseitigen**

„Auf den ersten Blick wirkt der Vorstoß zur Entlastung wirtschaftlich schwacher Stadtwerkekunden sozial. Er ist jedoch nicht durchdacht und setzt an der falschen Stelle an“, meint die SPD-Ratsfraktion zur Diskussion um den sogenannten Sozialtarif. „Denn die Einnahmeverluste, die infolge eines besonderen Tarifes für wirtschaftlich schwache Kunden entstehen, müssen von der Allgemeinheit aufgefangen werden. Dieses würde dann zu einer Strompreiserhöhung für alle anderen Kunden führen. Das ist mit der SPD nicht zu machen.“

Die Alternative wäre ein Einnahmeausfall der ohnehin hoch verschuldeten Stadt Flensburg. Dieser Fall würde eintreten, wenn sie auf Teile der Gewinnabführung ihrer Tochter verzichten muss, um den neuen Tarif zu finanzieren. Das würde die Handlungsfähigkeit der Stadt weiter einschränken, denn ein Ersatz für die dann fehlenden Finanzmittel ist nicht in Sicht.

„Wahre soziale Gerechtigkeit sieht anders aus“, meint der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. „Es kann nicht angehen, dass die meisten Flensburger Stromkunden zusätzliche Belastungen auf sich nehmen müssen, um eine Teilgruppe zu entlasten.“

Die SPD-Ratsfraktion wird deshalb einem Vorschlag zur Umverteilung der Stromkosten – und nichts anderes bedeutet der Vorstoß in der Realität – nicht zustimmen: „Wir stehen in der ersten Reihe, wenn es darum geht, für soziale Gerechtigkeit in Flensburg zu sorgen. Doch soziale Notlagen kann man nicht über Strompreispolitik beseitigen. Hier muss man direkt bei den anstehenden sozialpolitischen Herausforderungen ansetzen, etwa bei den Kindertagesstätten, in der Schul- und Bildungspolitik vor Ort“, so Helmut Trost.

„Die Flensburger Stadtwerke können kein Hilfsinstrument der Sozialpolitik sein“, unterstreicht Aufsichtsratsmitglied Rolf Helgert für die SPD: „Schon jetzt versorgen die Stadtwerke einen beträchtlichen Anteil an Kunden vor Ort, die bei anderen Versorgern gar keine Stromlieferungen mehr bekommen können.“

Der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost macht deutlich: „Die Flensburger Stadtwerke zeigen ihr soziales Profil mit vielfältigen Maßnahmen, bei denen sie Geringverdiener unterstützen. Sie fördern als Sponsor eine Reihe von sozialen Organisationen und unterstützen aktiv Maßnahmen zur Verbrauchsreduzierung und damit auch zur Kostensenkung bei ihren Kunden. Das ist der richtige Weg, denn so helfen sie den Kunden, sich mit ihrem eigenen Energieverbrauch kritisch auseinanderzusetzen.“

„Die angebliche Vorbildfunktion anderer Energieversorger“, so die SPD nach der Überprüfung entsprechender Beispiele, „fällt in sich zusammen, wenn man hinter die Kulissen schaut. Hinter manchem angeblichen Sozialtarif verbirgt sich nur eine Marketingaktion - wenn zum Beispiel die Zahl entsprechender Verträge streng kontingentiert ist. Andere Energielieferanten lehnen Kunden mit schlechterer Bonität einfach ab und stellen nicht die Grundversorgung in einer Region sicher.“